

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 31 (1984)
Heft: 1-2

Artikel: Das Interview = L'interview = L'intervista
Autor: Müller, Heinz W. / Reist, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-367246>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

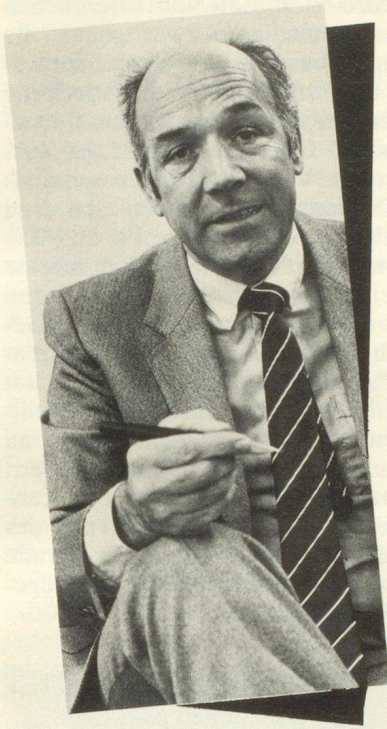
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Interview

Wo steht der Zivilschutz im Kanton Bern? Diese Frage und andere stellte «Zivilschutz»-Redaktor Heinz W. Müller dem Vorsteher des kantonal-bernerischen Amtes für Zivilschutz, Franz Reist.

Herr Reist, Sie sind seit anderthalb Jahren Vorsteher des Kantonalen Amtes für Zivilschutz. Neue Chefs bringen neue Ideen, neue Konzepte. Wo haben Sie seit Ihrem Amtsantritt im bernischen Zivilschutz die Prioritäten neu gesetzt? Wurde in diesem Zusammenhang auch das Organigramm Ihres Amtes umgestellt?

Zuerst muss ich einmal festhalten, dass ich in der komfortablen Lage war, auf Erfahrungen anderer von insgesamt 20 Jahren aufbauen zu können. Zudem habe ich eine Direktion hinter mir, die sich ihrer Verantwortung im Bereich der Gesamtverteidigung bewusst ist und den Zivilschutz wirklich ernst nimmt. Ohne diese politische Rückendeckung sind jedem kantonalen Zivilschutzchef die Hände gebunden. Gleiches gilt für die Gemeinden: auch dort braucht es vorerst den politischen Willen bei den Behörden für die Durchsetzung der Zivilschutzbelange. Nicht nur der Zivilschutz ist gegenüber den Behörden verantwortlich, sondern ebenso sind die Behörden gegenüber ihrer Bevölkerung dafür verantwortlich, dass mit den Schutzvorkehrungen ernst gemacht wird.

Als erste Massnahme habe ich versucht, mit den Ortschefs eine echte Partnerschaft herzustellen, ein Vertrauensverhältnis zu schaffen und ihnen zu zeigen versucht, dass wir von ihnen nicht nur verlangen, sondern dass wir sie auch unterstützen wollen –

„Nicht nur der Zivilschutz ist gegenüber den Behörden verantwortlich, sondern ebenso sind die Behörden gegenüber ihrer Bevölkerung dafür verantwortlich, dass mit den Schutzvorkehrungen ernst gemacht wird.“

dass wir ihnen also auch Dienstleistungen, die sie bis heute vielleicht vermisst haben, anbieten wollen. Diese Dienstleistungen gelten sowohl im Setzen von klaren Zielvorstellungen in der Organisation als auch in der Ausbildung.

Die vorgenannten Zielsetzungen werden nun bis in die späten achtziger Jahre unsere Schritte prägen. Diese Schritte sind selbstverständlich vorerst mit der Direktion, das heisst mit dem Regierungsrat, abgesprochen und von ihm auch genehmigt worden. Diese Massnahmen hat andererseits auch uns wieder für das weitere Wirken einen festen Boden unter die Füsse gegeben. Eine wesentliche Erfahrung aus den ersten zwanzig Jahren Zivilschutz hat ergeben, dass auch die Strukturen des Amtes entsprechend aufgebaut werden müssen. Es sind auf meinen Amtsantritt drei Unterabteilungen geschaffen worden, mit je einem Abteilungschef im Range eines kantonalen Adjunktes. Die Umstrukturierung hat zugleich die Gelegenheit ergeben, alle Dienststellen auf die neue Zielrichtung umzustellen und somit praktisch allen einen neuen Start ermöglicht.

Seit Anfang des letzten Jahres sind nun alle 412 bernischen Gemeinden zivilschutzpflichtig. Auf einen «Chlapf» galt es also, 278 neue Gemeinden in den Griff zu bekommen. Wie sind Sie an diese Herausforderung herangetreten? Was ist diesbezüglich der Stand der Dinge?

Da verweise ich vorerst einmal auf den Grundsatzentscheid, welcher bei der Ausdehnung der Organisationspflicht auf alle Gemeinden gefällt wurde, nämlich dass jede Gemeinde eine eigene Organisation auf die Beine zu stellen hat. Zusammenschlüsse von kleinen Gemeinden im Sinne von besserer gegenseitiger Hilfeleistung gibt es also nicht, und es sind auch keine vorgesehen. Dieser Entscheid basiert

auf der Überlegung, dass in der Not jede Gemeinde vorerst einmal auf sich selber angewiesen sein wird. Die nachbarliche Hilfe wird – nicht zuletzt bedingt durch die beschränkten Mittel im Bereich der Motorisierung im Zivilschutz – nur schwer möglich sein. Dazu ist zu bedenken, dass der Zivilschutz im Prinzip Sache der Gemeinde ist. Sie ist der Hauptträger des Zivilschutzes. Damit ist die Gemeinde auch verantwortlich, die Vorkehrungen für die Schutzplatzzuweisung so zu treffen, zu sorgen, dass überhaupt genügend Schutzplätze zur Verfügung stehen, also auch voll verantwortlich für die Förderung zum Beispiel des öffentlichen Schutzraumbaus. Dieser Verantwortung kann sich keine Gemeinde entziehen. Auch wenn sie nun mit mehreren Gemeinden verbunden ist, so wird sie für die Schutzraumabdeckung innerhalb ihrer Gemeindegrenzen doch selber verantwortlich sein. Und es ist für mich nur schwer vorstellbar, dass sich ein grosser Gemeindeverband mit dem gleichen Engagement einsetzen kann – damit im hintersten Weiler und im abgelegenen

„Notfalls bietet der Schutz in einem abgeschlossenen Kartoffelkeller viel grössere Überlebenschancen als ein wunderbares Projekt in einer Schublade einer Gemeindebehörde.“

sten Hof Schutzmöglichkeiten geschaffen werden –, wie dies die eigene Gemeinde machen würde. Massnahmen, die den Zivilschutz im Ernstfall betreffen, liegen vielmehr in der Verantwortung der Behörden, als man sich dies heute überhaupt vorstellt. Der Zivilschutz operiert viel weniger autonom, als das zum Beispiel im Frieden die Ortsfeuerwehr tut – ob schon auch sie der Gemeindebehörde unterstellt ist.

Als wesentliche Hilfe von aussen müssen wir die Unterstützung der Luftschutztruppen betrachten. Nach meinen anderthalb Jahren Tätigkeit in diesem Amt dürfen wir feststellen, dass neben den bisher pflichtigen Gemeinden alle 278 Neupflichtigen eine Ortsleitung haben, die ihre Ausbildung in kantonseigenen Kursen abgeschlossen hat. Dabei haben die Neupflichtigen zugleich auch die planerischen Voraussetzungen für den Weraufbau des Zivilschutzes erstellt. Zurzeit und im folgenden Jahr erfolgt die Ausbildung der Kader, und ab 1985 bis 1986 ist die Ausbildung der Mannschaften vorgesehen, so dass man aus heutiger Sicht und aufgrund

des bisher erreichten Standes bestätigen kann, dass wir unser Ziel erreichen werden, wonach der Zivilschutz im Kanton Bern ab 1986/87 eine erste Einsatzbereitschaft erlangt.

In einem Zeitungsinterview antworteten Sie auf die Frage betreffend fehlende Schutzräume, notfalls müsse man sich eben mit einem abgestützten Kartoffelkeller zufrieden geben. In welchem Jahr oder Jahrzehnt kann der Kanton Bern auf solche Behelfsmassnahmen verzichten? Im Klartext: Wann wird das Schutzraumdefizit von 35 % behoben sein?

Die Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes wird wesentlich davon abhängen, ob auch die notwendigen baulichen Infrastrukturen vorhanden sein werden. Das heisst, die organisations-eigenen Bauten – und natürlich vor allem genügend Schutzräume für die Bevölkerung. Gerade weil die baulichen Voraussetzungen in vielen Orten

„Ziele, Konzepte usw. – das ist alles wunderbar und das lässt sich – wenn geschickt vorgetragen – auch sehr gut verkaufen. Alles nützt aber wenig ohne eine periodische Erfolgskontrolle. Ohne Erfolgskontrollen laufen wir Gefahr, nur für den Papierkorb zu produzieren.“

noch fehlen, versuchen nicht wenige Gemeinden, auch den Organisationsaufbau und die Ausbildung zurückzustellen, weil – wie sie sagen – das Zivilschutzkonzept nicht durchführbar sei. Ich betrachte dies als falsch. Wir



Bilder: H. U. Trachsel

dürfen die Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes nicht erst auf das Jahr 1990 oder das Jahr 2000 fest einplanen, sondern wir müssen uns vorsehen, bereits morgen, bereits auf eine Zeit, die vielleicht kürzer ist, als wir alle glauben, eine erste Einsatzbereitschaft erstellen zu können. Dafür müssen wir folgende Massnahmen ergreifen: Vorsehen von Behelfsanlagen, Vorsehen von behelfsmässigen Schutzräumen, für welche wir jetzt in Friedenszeiten die notwendigen Ausbaupläne erstellen müssen, die selbstverständlich dann aber erst nach dem Aufgebot tatsächlich umfunktioniert werden. Das heisst, dass notfalls der Schutz in einem abgeschlossenen Kartoffelkeller viel grössere Überlebenschancen bietet als ein wunderbares Projekt in einer Schublade einer Gemeindebehörde, das aus irgendwelchen Gründen nicht realisiert werden konnte, oder wenn Bevölkerungsgruppen in einen Wald oder auf einen Berg flüchten würden.

Die Sparmassnahmen des Bundes haben auch vor dem Zivilschutz nicht Halt gemacht. Das hat zur Folge gehabt, dass der Kanton die Beiträge an den privaten Schutzraumbau gestrichen hat. Wie begründen Sie diese sicherlich unpopuläre Massnahme gegenüber einem darob erbosten Bauherrn?

Überall, wo man führt – und das gilt nicht nur fürs Militär, sondern auch für die Politik –, muss man Schwergewichte setzen. Ein Schwergewicht unserer Direktion liegt in der Schaffung von Schutzräumen für die ganze Bevölkerung. Wenn eine Regierung führen will, dann kann sie das nur mit Geld tun – Ermahnungen allein genügen nicht. Jährlich investiert der Kanton Bern in Form von Subventionen 1,5 Millionen Franken in den privaten Schutzraumbau. Andererseits haben wir einen grossen Nachholbedarf für öffentliche Schutzräume in kleinen Gemeinden, die erst baupflichtig geworden sind und aus eigenen Mitteln trotz der Subvention diese Bauten nur schwerlich realisieren können. Wenn wir den Zivilschutz ernst nehmen wollen und nicht mehr Mittel zur Verfügung stellen können, dann müssen wir das Konzept ändern. Mit dem Wegfall der Subvention von privaten Schutzräumen wird kaum ein Haus weniger gebaut. Klar ist es schmerzlich für die Betroffenen, aber diese 1,5 Millionen Franken, die der Kanton durch den Wegfall der besagten Subventionierung einspart, stellt er nun im Sinne einer Führungs- und Steuerungsmassnahme den Gemeinden zur Verfügung

zum forcierten Bau von öffentlichen Schutzräumen, und zwar gelten die Bedingungen, dass die Gemeinde weniger als 50 % Schutzplatzabdeckung hat und zu den sogenannten finanzschwachen Gemeinden zählt. Es werden somit Voraussetzungen geschaffen, in denen Gemeinden den Bau öffentlicher Schutzräume bis zu 90 % subventioniert erhalten. Hier müsste man sich dann wirklich sagen, wenn sie von diesem Angebot nicht Gebrauch macht, dann würde sie einmalige Chancen verpassen. Natürlich hat diese Massnahme auch Benachteiligungen zur Folge. Doch gerade an diesem Beispiel lässt sich beweisen, wie ernst es der Regierung des Kantons Bern ist mit der Forcierung des öffentlichen Schutzraumbaus gerade in den kleinen und sehr oft abgelegenen Gemeinden.

Ähnlich anderen grossen und mit viel Hinterland versehenen Kantonen ist im Kanton Bern das Gefälle der einzelnen Gemeinden in Sachen Zivilschutz recht gross. Es liegt in der Natur der Sache, dass grössere Städte und aufstrebende Wachstumsgemeinden trotz eines beachtlichen Schutzraumangebotes und trotz des Aufwands, sie sollten zugunsten der kleinen Gemeinden zurückstehen, am Ball bleiben möchten. Pfeifen Sie als Schiedsrichter nun diese Stürmer zurück, oder lassen Sie Vorteil laufen?

Uns ist dieses Gefälle im Moment bewusst. Im engen Kontakt mit den Ortschefs versuchen wir, diese Unterschiede langsam auszugleichen. Wir sehen aber noch eine weitere Massnahme vor: Ziele, Konzepte usw., das ist alles wunderbar und lässt sich – wenn geschickt vorgetragen – auch sehr gut verkaufen. Alles nützt aber wenig ohne eine periodische Erfolgskontrolle. Ohne Kontrollen laufen wir Gefahr, nur für den Papierkorb zu produzieren. Auch meine Rapporte mit den Ortschefs sind gut und recht: aber wenn ich nicht etwas vorkehre, das ich zu Recht überprüfen kann, wie weit der neue Kurs begriffen und nun auch ausgeführt wird, wären unsere Massnahmen nur eine Teilarbeit. Für den nächsten Herbst haben wir vorgesehen, die Ortsleitungen, begleitet von ihren Stäben, zu zweitägigen Überprüfungsrapporten antreten zu lassen. Diese Überprüfung erfolgt in Form einer Aufgebotsübung, in der die Aufgebotsfälle 222 bis 999 durchgearbeitet werden. Mit dieser Übung können wir feststellen, wie weit die Planungsvorbereitungen der einzelnen Gemeinden heute bereits bestehen und wie weit die Ortschefs unsere

Absichten und Aufträge an den Ortschefsrapporten tatsächlich auch an ihre Stelle weitergeleitet und mit ihnen bearbeitet haben. Diese Überprüfungsrapporte werden zugleich die Bilanz vermitteln, wo wir tatsächlich stehen. Es wird somit gewissermassen zu einer Stunde der Wahrheit. Zudem erhalten wir ein Bild, das uns zeigt, wie wir unsere weiteren Schritte lenken müssen.

Auch wir begrüßen solche «Fortschrittsgemeinden», die mehr tun als nur der Durchschnitt. Solche Gemeinden üben eine grosse Ausstrahlungskraft auf ihre Nachbarschaft und die Region aus. Wir leben also sozusagen auch von ihnen und möchten sie fördern und ihre weiteren Schritte unterstützen. Unsere Rahmenvorschriften in der Ausbildung sollen diese Organisationen nicht einengen. Sie können jederzeit zu uns kommen und uns mitteilen: «Es ist gut und recht, was ihr uns vorschreibt, wir sind aber bereits einen bedeutenden Schritt weiter.» Und wenn sie uns dies aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit belegen können, dann geben wir ihnen ohne weiteres grünes Licht. Denn wir müssen immer wieder unseren Auftrag auf Stufe Kanton vor Augen halten, das heisst, wir haben heute die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Gemeinden möglichst selbständig und doch gemeinsam das Richtige tun.

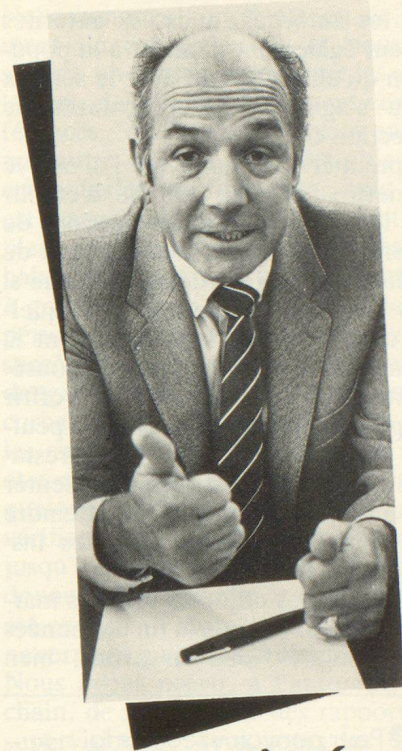
Das Vernehmlassungsverfahren zum Bericht «Frau und Gesamtverteidigung» ist abgeschlossen. Es ist anzunehmen, dass sich eine grosse Mehrheit der Stellungnahmen gegen ein generelles Frauen-Obligatorium ausspricht. Was bedeutet dies für den Zivilschutz im Kanton Bern? Kommen Sie auf dem Freiwilligen-Weg zum Auffüllen der Bestandeslücken – oder gibt es allenfalls gar keine grossen personellen Bedürfnisse mehr?

Nachdem ich nun gut 30 Jahre im Bereich der Gesamtverteidigung engagiert bin, sei es in der Armee oder im Zivilschutz, muss ich – und sicher alle, welche diesen Zeitabschnitt ähnlich erlebt haben – doch zugeben, dass das Gros unserer Frauen im heutigen Zeitpunkt, in der heutigen Lage und in der heutigen Bedrohung noch nicht bereit ist, sich in der Gesamtverteidigung wesentlich mehr zu engagieren, als die Frauen dies bis anhin getan haben. Das ist eine Erkenntnis, die wir beherzigen müssen, wenn wir nicht an den Tatsachen vorbeigehen wollen. Ich bin der Ansicht und fest davon überzeugt – das haben unsere Eltern 1939 bis 1945 ebenfalls erlebt –, dass bei grösserer Gefahr und grösserer

Bedrohung die hinterste Frau bereit sein wird, nicht nur 100, sondern 150% zu leisten – sei dies dort, wo ihnen eine zivile Aufgabe zugewiesen wird oder in der Gesamtverteidigung. Unsere Aufgabe ist es deshalb, Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, Frauen halt erst fünf vor zwölf einsetzen zu können, und zwar dort, wo sie am nützlichsten sein können. Um nun bei unseren Gemeindeorganisationen keine klaffenden Bestandesprobleme zu haben, gilt der Grundsatz, dass die Gemeinden allenfalls ihre Leitungen und ihre Sollbestände redimensionieren müssen, damit sie mit der sogenannten Achtpro-

„Ich bin der Ansicht und fest davon überzeugt, dass bei grösster Gefahr und grösster Bedrohung die hinterste Frau bereit sein wird, nicht nur 100, sondern 150% zu leisten.“

zent-Formel durchkommen, um ihr Bestandessoll abdecken zu können. Die Achtprozent-Formel umfasst all jene Personen, die nach Gesetz im Zivilschutz eingeteilt werden können, das heisst alle Schweizer Bürger zwischen dem 20. und 60. Altersjahr, die nicht Militärdienst leisten. Das heisst, dass wir im Kanton bestrebt sind, die Organisationen nur so gross zu bilden, damit sie mit denjenigen, die zur Verfügung stehen, abgedeckt werden können. Hat eine Organisation einen grossen Mehrbedarf, so muss sie entsprechend zurückgestutzt werden. Ich bin dagegen, dass man jeder Frau ein schlechtes Gewissen macht, die sich nicht schon heute in der Gesamtverteidigung engagieren kann. Was ich aber als notwendig erachte ist, dass unsere Frauen vermehrt als bisher orientiert werden, was für Aufgaben auf sie zukommen könnten, wo sie sich engagieren könnten, wenn der Ernstfall näher ist; man könnte auch sagen, wenn die Geschehnisse von Beirut nicht in Libanon, sondern in Wien stattfänden. Ich möchte bei diesen Überlegungen allerdings den Wert jeder Frau nicht verkennen, die sich bereits heute einteilen lässt – wir sind für jede dankbar, denn die Frauen leisten heute, vor allem auch in Kamerpositionen, sehr grosse Dienste zugunsten des Zivilschutzes. Aber wir können nicht etwas verändern, das heute nicht veränderbar ist. Der Einsatz der Frauen ist vorab in der Schutzraumorganisation, im Sanitätsdienst und anderen Diensten denkbar, zum Beispiel als Schutzraumverantwortliche zur Unterstützung der Schutzraumchefs in jenen Räumen, wo er sich nicht selber aufhalten kann.



L'Interview

Quelle est la situation de la protection civile dans le canton de Berne? Monsieur Franz Reist, chef de l'Office cantonal de la protection civile de Berne, accorde une interview à la revue *Protection civile*. Les questions ont été posées par M. Heinz W. Müller, rédacteur.

Monsieur Reist, vous êtes depuis un an et demi chef de l'Office cantonal de la protection civile de Berne. Un chef nouveau apporte avec lui des idées et des conceptions nouvelles. Depuis votre entrée en fonction dans la protection civile bernoise, quelles sont les priorités nouvelles que vous avez fixées? L'organigramme de votre office a-t-il subi des modifications à cet égard?

Je dois tout d'abord relever que je me suis trouvé dans la situation confortable de pouvoir agir en me fondant sur les expériences acquises par d'autres durant vingt ans. De plus, je peux m'appuyer sur une direction qui est consciente de ses responsabilités en matière de défense générale et qui prend la protection civile très au sérieux. Sans un tel appui politique, un chef d'office de la protection civile d'un canton a les mains liées. Il en va de même pour les communes: pour pouvoir y réaliser la protection civile, il faut tout d'abord que les autorités en aient la volonté politique. La protection civile est certes responsable de-

vant les autorités, mais ces autorités doivent également montrer à la population qu'elles agissent avec le sérieux voulu s'agissant des préparatifs de protection civile.

Les premières mesures que j'ai essayé de mettre sur pied ont été d'établir avec les chefs locaux des relations de partenaires, de créer des rapports de confiance et de leur démontrer que si nous leur demandions de faire quelque chose, nous avions également la volonté de les soutenir et, par conséquent, que nous voulions leur offrir des prestations qui leur avaient peut-être manqué jusque-là. Ces prestations consistent aussi bien à présenter clairement les objectifs à atteindre dans leur organisation qu'à les instruire.

La fixation des objectifs précités marquera nos pas jusqu'à la fin des années quatre-vingts. Nous en avons, bien

”Pour pouvoir y réaliser la protection civile, il faut tout d'abord que les autorités en aient la volonté politique.”

entendu, discuté avec la Direction, c'est-à-dire le Conseil d'Etat, qui les a approuvés. Par ailleurs, ces mesures nous ont donné une base solide pour poursuivre notre action.

L'expérience décisive des vingt premières années de la protection civile nous a contraints d'étendre également la structure de notre offre en conséquence. Lors de mon entrée en fonction, on a créé trois subdivisions comprenant chacune un chef ayant le titre d'adjoint cantonal. Cette modification de structure a également donné l'occasion d'adapter tous les services aux nouveaux objectifs et ainsi, leur a permis à presque tous de prendre un nouveau départ.

Depuis le début de l'année dernière, la totalité des 412 communes du canton de Berne ont l'obligation de se doter d'une organisation de protection civile. Il a donc fallu d'un seul coup prendre en main 278 nouvelles communes. Comment avez-vous relevé ce défi? Quelle est la situation à cet égard?

Je me réfère tout d'abord à la décision de principe étendant à toutes les communes l'obligation de se doter d'une organisation; cela signifie que chaque commune doit mettre sur pied sa propre organisation de protection civile. Il n'existe ni n'est prévu d'association de petites communes en vue d'améliorer les prestations réciproques dans ce domaine. Cette décision se fonde sur l'idée selon laquelle, en cas d'urgence, chaque commune devra compter avant tout sur elle-même. On ne pourra que difficilement compter sur le secours du voisin, ne fût-ce qu'en raison des moyens de locomotion motorisés limités dont dispose la protection civile. Par ailleurs, il ne faut pas oublier que la protection civile est en principe l'affaire de la commune qui en est la principale responsable. C'est ainsi que la commune est également responsable de préparer l'attribution des places protégées de façon qu'il y en ait suffisamment à disposition. Elle est donc aussi pleinement responsable de promouvoir la construction d'abris publics. Aucune d'entre elles ne peut se soustraire à cette responsabilité. Dès lors, même si elle est associée à plusieurs communes, elle reste entièrement responsable de la couverture de ses besoins en abris dans les limites de son territoire. Et à cet égard, je ne vois guère comment une grande association de communes pourrait avoir une motivation aussi forte que la commune intéressée, pour créer des possibilités de protection dans le hameau et la ferme les plus reculés. Les autorités communales sont bien davantage responsables qu'on ne l'imagine des mesures qu'il y a lieu de prendre en cas de nécessité. La protection civile travaille dans une indépendance bien moins grande que ne le font les pompiers locaux en temps de paix, alors même que ces derniers sont subordonnés à l'autorité communale.

Le soutien des troupes de protection aérienne doit être considéré comme une aide importante de l'extérieur. Après un an et demi d'activité dans cet office, je puis constater qu'à côté des autres communes, les 278 communes nouvellement astreintes à se doter d'une protection civile disposent toutes d'un chef local et que tous ont achevé leur formation dans les cours

organisés par le canton. A cette occasion, les nouveaux appelés ont élaboré également les mesures de planification en vue de l'extension de leur protection civile. Actuellement et l'année prochaine ce sera le tour des cadres d'être formés. Puis, de 1985 à 1988, il est prévu d'instruire la troupe de telle manière que l'on peut dire actuellement, forts des résultats obtenus jusqu'ici, que nous atteindrons notre objectif selon lequel la protection civile doit dans le canton de Berne pouvoir être prête à un premier engagement dès les années 1986/1987.

Dans l'interview que vous avez donnée à un journal, vous fournissez une réponse au problème du déficit en places protégées, à savoir: en cas d'urgence il faudra bien que l'on se contente même d'une cave à pommes de terre que l'on aura au préalable étançonnée. Quand le canton de Berne pourra-t-il renoncer à prendre de telles mesures de fortune? En quelle année, en quelle décennie? Autrement dit: quand le déficit en places protégées, qui atteint encore un taux de 35%, pourra-t-il être comblé?

La préparation à l'engagement de la protection civile dépendra essentiellement de l'existence des infrastructures nécessaires. On entend par là les constructions des organisations et, bien entendu, avant tout, de ce qu'il y aura des abris en suffisance pour la population. Du fait précisément qu'en maints endroits les constructions font encore défaut, de nombreuses communes tentent de renvoyer à plus tard la mise sur pied d'une organisation et de l'instruction en arguant que la conception de la protection civile ne peut pas être mise en pratique. Je considère cette attitude comme erronée. Nous ne devons pas repousser la planification de la préparation à l'engagement de la protection civile en vue de la réaliser seulement en 1990 ou en l'an 2000, mais il nous faut la prévoir pour demain, c'est-à-dire envisager déjà pour une période qui est plus proche que nous ne le croyons, de pouvoir mettre sur pied la préparation à son engagement. A cet effet, nous devons impérativement prendre les mesures suivantes: prévoir des installations de fortune, prévoir des abris de fortune pour lesquels nous devons dès maintenant, en période de paix, élaborer les plans de transformation nécessaires. Mais ces transformations ne pourront être exécutées, cela va de soi, qu'après que la mise sur pied de la protection civile aura été réalisée. En d'autres termes, en cas de danger, la

Mobilier
pour centres
de protection civile

études et projets, fabrication

H. NEUKOM SA

8340 Hinwil-Hadlikon ZH

Téléphone 01 937 26 91

protection dans une cave à pommes de terre, fermée de toutes parts, offrira des chances de survie bien plus grandes qu'un projet magnifique qui dort dans les tiroirs du bureau communal et ne peut être réalisé pour un motif quelconque. Les chances de survie dans cette cave seront par ailleurs bien plus grandes que celles que donnerait la fuite dans une forêt ou sur une montagne.

Les mesures d'économie prises par la Confédération ont également frappé la protection civile, à telle enseigne que le canton a biffé les subventions accordées jusque-là pour la construction d'abris privés. Comment motivez-vous cette mesure vraiment impopulaire face à un maître de l'œuvre qu'elle irrite?

Partout où se pose le problème de devoir diriger – et cela vaut non seulement pour le militaire mais également pour le domaine politique – il est nécessaire de fixer des priorités. L'une des nôtres consiste à créer des abris pour la totalité de la population. Mais si un gouvernement veut diriger, il ne peut le faire qu'avec des moyens financiers, les exhortations à elles seules ne suffisent pas.

Le canton de Berne investit chaque année 1,5 million au titre des subventions pour la construction d'abris privés. D'un autre côté, nous avons un besoin de rattrapage considérable en matière d'abris publics dans les petites communes qui n'ont été astreintes que récemment à construire et qui ne peuvent que péniblement réaliser ces constructions par leurs propres moyens, malgré le subventionnement qui leur est alloué. Si nous voulons dès lors considérer la protection civile avec sérieux, et si nous ne pouvons pas

» En cas de danger, la protection dans une cave à pommes de terre, fermée de toutes parts, offrira des chances de survie bien plus grandes qu'un projet magnifique qui dort dans les tiroirs du bureau communal et ne peut être réalisé pour un motif quelconque. «

mettre davantage de moyens à sa disposition, nous devons impérativement en modifier la conception. La suppression des subventions pour la construction d'abris privés n'entraînera guère de diminution dans la branche du bâtiment. Il est clair que cela sera douloureux pour les intéressés, mais les 1,5 million de francs



économisés par le canton en raison de la suppression de ces subventions, pourront être mis à disposition des communes. Cela représentera une mesure de gouvernement et de conduite leur permettant d'intensifier la construction d'abris publics, cette mesure s'appliquant aux communes qui couvrent à moins de 50% leur besoin en places protégées et qui comptent parmi celles ayant une faible capacité financière.

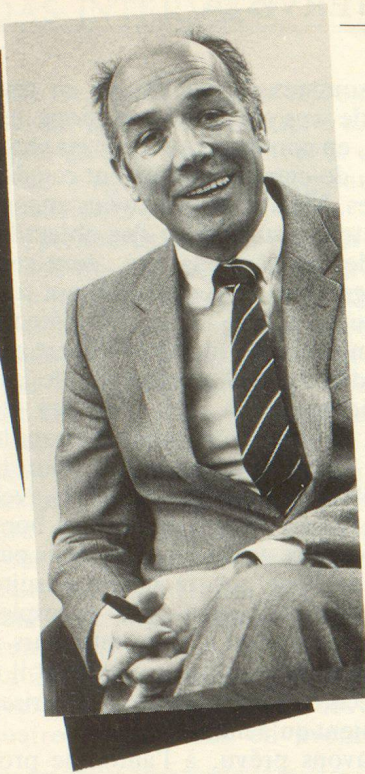
On créera ainsi les conditions par lesquelles les communes recevront des subventions pour la construction d'abris publics, jusqu'à 90% du prix total. Si celles-ci ne font pas usage de cette offre, on devrait alors vraiment admettre qu'elles ont laissé passer une chance unique. Cette mesure a, bien sûr, également ses inconvénients. Mais cet exemple démontre avec quel sérieux le gouvernement du canton de Berne considère l'intensification de la construction des abris publics précisément dans les petites communes qui sont souvent aussi les plus reculées.

Comme dans d'autres grands cantons, qui ont un vaste arrière-pays, les disparités entre les communes du canton de Berne sont très importantes en matière de protection civile. Il est bien normal que les grandes villes et les communes connaissant un taux de croissance élevé veuillent continuer leur développement en matière de protection civile, en dépit de leur offre déjà importante en places protégées et malgré l'appel qui leur a été lancé de modérer leurs appétits en faveur des communes plus petites. Comme arbitre de la situation, cherchez-vous à les freiner ou leur laissez-vous l'avantage?

Nous sommes conscients en ce moment de ces disparités et nous essayons, en contact étroit avec les chefs locaux, de combler lentement ces différences. Mais nous prévoyons encore une autre mesure: fixer des objectifs, créer des conceptions, etc., tout cela est magnifique et peut également fort bien se «vendre» si c'est présenté habilement. Mais tout cela ne sert pas à grand-chose si l'on ne procède pas périodiquement à des contrôles de succès. Sans contrôle, nous courons le danger de ne produire que pour la corbeille à papier. Mes rapports avec les chefs locaux sont également bons et corrects: mais si je ne préparais pas quelque chose que je puisse ensuite vérifier exactement – par exemple, jusqu'à quel point le nouveau cours à donner a été assimilé et comment il a été exécuté –, alors les mesures prises ne seraient qu'à moitié efficaces.

Nous avons prévu, à l'automne prochain, de réunir pour des rapports de supervision de deux jours les directions locales et leurs états-majors. Cette supervision consistera en un exercice de mise sur pied dans lequel seront exécutés les cas Nos 222 à 999. Cet exercice nous permettra de voir jusqu'à quel point chaque commune maîtrise déjà aujourd'hui ses préparatifs de planification et dans quelle mesure le chef local a effectivement transmis à son état-major et a travaillé avec lui les intentions et les mandats que nous avons donnés lors des rapports avec les chefs locaux. Ces rapports de supervision nous permettront de dresser un bilan effectif de notre situation. Ils constitueront en quelque sorte l'heure de vérité. De plus, nous aurons une image de ce que devront être nos prochaines activités.

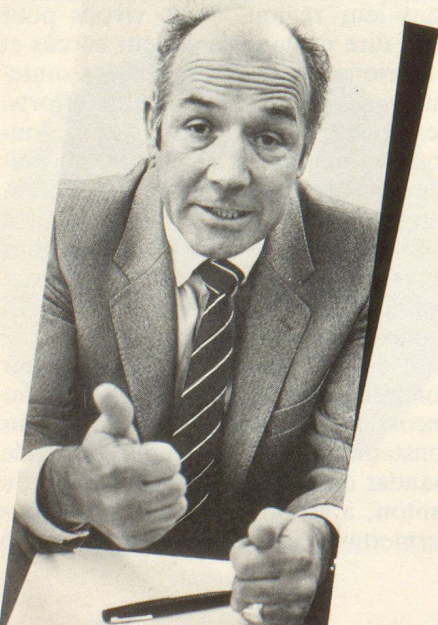
Nous voulons également saluer avec satisfaction les «communes de pointe» qui font plus que la moyenne. De telles communes ont un grand rayonnement auprès de leurs voisines et dans leur région. Nous vivons pour ainsi dire également de leur succès et voudrions les encourager et les soutenir dans la poursuite de leurs efforts. Les prescriptions-cadre que nous donnons en matière d'instruction ne doivent pas restreindre leur organisation. Elles peuvent en tout temps venir à nous et nous déclarer: «Ce que vous faites est bel et bien, mais nous nous trouvons déjà beaucoup plus loin.» Et si elles peuvent nous le prouver sur la base de leur activité, alors nous leur donnerons le feu vert pour avancer encore. En effet, nous devons constamment avoir présent à l'esprit le mandat que nous avons au niveau du canton, à savoir: créer les conditions permettant aux communes d'agir si



possible de façon autonome et de faire ce qui est juste en commun.

La procédure de consultation relative au rapport sur «la femme et la défense générale» est close. On peut admettre qu'une grande majorité des réponses à cette consultation se prononce contre un service obligatoire généralisé pour les femmes. Quelles en sont les conséquences pour la protection civile dans le canton de Berne? Parviendrez-vous à combler les lacunes des effectifs en recourant au volontariat ou n'avez-vous plus guère de besoin en matière de personnel?

Après avoir trente ans passé d'activité dans le domaine de la défense générale, je suis obligé de concéder, comme le font certainement tous ceux qui ont vécu la même période, que

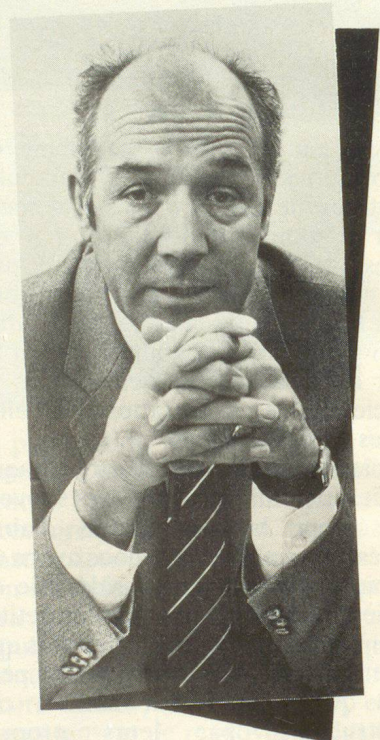


l'essentiel des femmes ne sont pas prêtes, en l'état actuel de la menace et de la situation, à s'engager beaucoup plus qu'elles ne l'ont fait par le passé. C'est une constatation que nous de-

«J'estime et je suis persuadé qu'à l'occasion d'un danger et d'une menace importants, la femme la plus timorée serait prête à s'engager non pas à 100% mais à 150%.»

vons admettre si nous ne voulons pas être surpris par ce fait. J'estime et je suis persuadé – et nos parents l'ont vécu également de 1939 à 1945 – qu'à l'occasion d'un danger et d'une menace importants, la femme la plus timorée serait prête à s'engager non pas à 100% mais à 150%, que ce soit pour accomplir une tâche civile ou pour une tâche relevant de la défense générale. Notre travail consiste dès lors à créer les conditions pour permettre aux femmes d'être prêtes à l'engagement cinq minutes avant l'heure, là où elles pourront se montrer le plus utiles. Dès lors, afin de ne pas rencontrer de problèmes difficiles d'effectif dans l'organisation de la commune, il faut appliquer le principe selon lequel la commune doit dans tous les cas redimensionner sa direction et ses effectifs réglementaires. Elle pourra ainsi appliquer la fameuse formule des 8%, afin de couvrir les effectifs réglementaires. La formule du 8% comprend toutes les personnes qui doivent être engagées dans la protection civile aux termes de la législation, c'est-à-dire tous les citoyens suisses entre 20 et 60 ans qui ne sont pas astreints au service militaire. Cela signifie que nous devons nous efforcer, dans notre canton, de former des organisations d'une grandeur telle qu'elles puissent atteindre les effectifs réglementaires uniquement avec les gens qui sont à disposition. Si une organisation a des besoins supplémentaires importants, elle doit être réduite en proportion. Je ne prise pas que l'on donne à chaque femme une mauvaise conscience parce qu'elle ne s'est pas engagée aujourd'hui déjà dans la défense générale. Mais ce que je considère comme indispensable, c'est que l'on informe nos femmes davantage que par le passé sur les tâches qui pourraient leur être dévolues et où elles pourraient être engagées, lorsque la menace se fera pressante. On pourrait expliquer cela en imaginant que les événements de Beyrouth n'auraient pas lieu au Liban mais à Vienne. En faisant ces considérations, je ne voudrais par ailleurs pas mécon-

naître la valeur de chaque femme qui est engagée aujourd'hui déjà. En effet, nous leur sommes reconnaissants, car les femmes rendent aujourd'hui, surtout dans les positions de cadre, des services insignes à la protection civile. Mais nous ne pouvons pas changer quelque chose à ce qui n'est actuellement pas changeable. L'engagement est imaginable avant tout dans l'organisation des abris, dans le service sanitaire et dans d'autres domaines comme celui de la responsabilité d'un abri, pour aider le chef d'abri, dans chaque local où il ne peut pas lui-même se tenir.



L'Intervista

Intervista dal redattore della rivista Protezione civile, Heinz W. Müller, con Franz Reist, capo dell'Ufficio cantonale della protezione civile bernese

Signor Reist, Lei è capo dell'Ufficio cantonale della protezione civile da un anno e mezzo. Capi nuovi, idee nuove, concezioni rinnovate. Quali priorità ha definito nella protezione civile bernese dopo aver assunto la carica in questione? È stato rimaneggiato anche l'organigramma dell'Ufficio?

Devo dapprima rilevare di essermi trovato nella felice posizione di chi può contare sull'esperienza che altri hanno fatto durante ben vent'anni. Sono inoltre spalleggiato da una direzione, cosciente della sua responsabili-

tà nel settore della difesa integrata, che prende assai a cuore i compiti della protezione civile. Senza una tale copertura, ogni capo cantonale della protezione civile avrebbe le mani legate. Lo stesso dicasi per i comuni: anche colà occorre dapprima la volontà delle autorità politiche di realizzare gli intenti della protezione civile. Non soltanto la protezione civile è responsabile nei confronti delle autorità, in pari luogo le autorità sono responsabili, nei confronti della popolazione affidata alle loro cure, che i preparativi di protezione siano trattati con la dovuta serietà.

Come prima misura mi sono impegnato a stabilire con i capi locali un rapporto di vera collegialità, ad istaurare un clima di fiducia e a mostrare loro che non porremo soltanto esigenze, ma che, anzi, li vogliamo anche sostenere – vale a dire che desideriamo offrire loro anche servizi dei quali essi sinora forse hanno sentito la mancanza. Queste prestazioni sono in materia di una chiara impostazione degli obiettivi, ma anche di formazione.

I cosiddetti obiettivi impronteranno i nostri prossimi passi fin verso la fine degli anni Ottanta. Tali passi sono certo stati concertati con la direzione, vale a dire con il Consiglio di Stato, che li ha anche approvati. Questa misura ci ha del resto dato nuovi e sicuri impulsi per l'ulteriore attività.

Un'importante esperienza risultante dai primi vent'anni di protezione civile rivela che pure le strutture dell'Ufficio devono venire ampliate in corrispondenza. Al momento in cui sono entrato in carica, vi sono state create tre sottodivisioni, ciascuna con un capodivisione nel rango di un aggiunto cantonale. In occasione della ristrutturazione si è provveduto a incanalare sui nuovi indirizzi tutti i servizi, permettendo così a tutte le istanze cantonali in materia di ripartire con nuovo slancio.

Dall'inizio dello scorso anno, tutti i 412 comuni bernesi soggiacciono all'obbligo di costruire rifugi. Si trattava quindi di 278 comuni in un colpo solo! Come ha affrontato questo immane compito? E come è oggi lo stato della realizzazione in materia?

Rinvio in primo luogo alla decisione di principio che ha retto l'estensione a tutti i comuni dell'obbligo di costruire rifugi: ogni comune deve attuare un'organizzazione propria. Non vi sono quindi – nè sono previste – unioni di comuni nel senso di un migliore aiuto reciproco. La decisione alla quale accenno è basata sulla considerazione

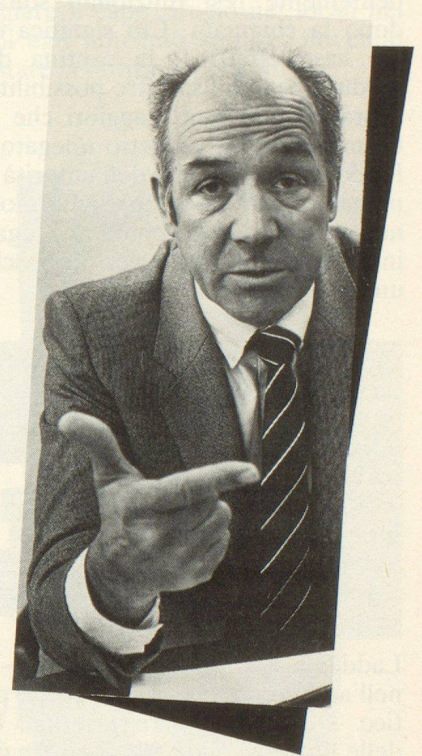
che nel bisogno, ogni comune deve prima poter contare unicamente sulle proprie forze. L'aiuto dei vicini sarà possibile soltanto a prezzo di gravi difficoltà, poichè, in effetti, i mezzi soprattutto in materia di motorizzazione per la protezione civile saranno limitati. Occorre poi ritenere che la protezione civile è in principio compito del comune. Il comune è il principale responsabile della protezione civile, responsabile così anche di disporre l'attribuzione dei posti protetti in modo tale che ve ne siano in numero sufficiente per tutta la popolazione, in ultima analisi, responsabile quindi della promozione della costruzione di rifugi pubblici. È una responsabilità alla quale nessun comune si può sottrarre. E anche se un comune forma con altri comuni un'unità in materia di protezione civile, resterà pur sempre unico responsabile per quanto concerne i posti protetti necessari nell'ambito delle proprie frontiere. Soltanto difficilmente riesco ad immaginarmi come una vasta associazione di comuni vorrà mettere lo stesso impegno –

„Non soltanto la protezione civile è responsabile nei confronti delle autorità, in pari luogo le autorità sono responsabili, nei confronti della popolazione affidata alle loro cure, che i preparativi di protezione siano trattati con la dovuta serietà.“

affinchè possano essere creati posti protetti fin nella più lontana contrada e nella più discosta fattoria – di quello che farebbe il proprio comune. Le misure che concernono la protezione civile nel caso d'emergenza fanno piuttosto parte dell'ambito di competenza delle autorità, in misura molto più importante di quanto ci si possa oggi rappresentare. La protezione civile opera in maniera molto meno autonoma di quanto non faccia, ad esempio, il corpo locale dei pompieri in tempo di pace, nonostante questo soggiaccia all'autorità comunale.

Come aiuto determinante dall'esterno dobbiamo ritenere il sostegno apportato dalle truppe di protezione aerea. A un anno e mezzo dall'assunzione della carica attuale, posso rilevare che, oltre ai comuni sinora obbligati a costruire rifugi, tutti i 278 ora pure sottoposti a tale obbligo dispongono pure di un organo di direzione locale che ha conchiuso la propria istruzione in corsi propri del cantone. Questi secondi comuni hanno oltretutto provveduto pure a realizzare le premesse pianificatorie per l'ulteriore attuazio-

ne della protezione civile. Attualmente e nel corso del prossimo anno avviene anche l'istruzione dei quadri e, a partire dal 1985 fino al 1986 è prevista l'istruzione del personale, in modo tale che, nell'ottica attuale e sulla base dello stato di realizzazione raggiunto attualmente, avremo attuato il nostro obiettivo, tanto che la protezione civile del cantone di Berna avrà conseguito, a partire dal 1986/1987, un primo stato di preparazione all'intervento.



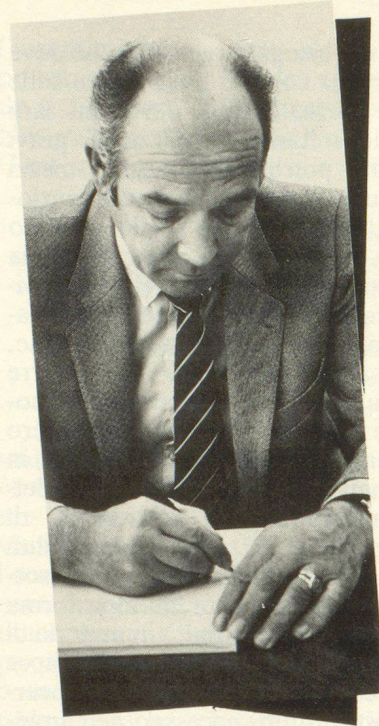
In un'intervista rilasciata a un quotidiano e rispondendo alla domanda concernente i rifugi mancanti, Ella aveva risposto che, se necessario, ci si sarebbe dovuti accontentare di una cantina della verdura puntellata all'uopo. In quale anno o decennio il cantone di Berna potrà rinunciare a simili misure di fortuna? In poche parole quando sarà colmato il deficit di posti protetti, ora del 35%?

Lo stato di preparazione all'intervento della protezione civile dipenderà in maniera rilevante dalla possibilità di disporre anche delle necessarie infrastrutture edilizie. Si tratta degli impianti propri delle organizzazioni di protezione civile – e, naturalmente, soprattutto di un numero sufficiente di posti protetti per la popolazione. E soprattutto perché in molti luoghi ancora mancano le premesse d'ordine edilizio, non pochi comuni cercano di rinviare l'attuazione dell'organizzazione e l'istruzione poichè – come dicono – la concezione della protezione civile non è realizzabile. Lo ritengo un atteggiamento errato. Non possiamo

prevedere lo stato di preparazione all'intervento soltanto per l'anno 1990 o 2000, ma dobbiamo bensì predisporre per poter attuare un primo stato di preparazione all'intervento già per domani, per un momento che è forse molto più vicino di quanto pensiamo. Dobbiamo in merito prendere le misure seguenti: prevedere impianti di fortuna, prevedere rifugi di fortuna per i quali abbiamo da stendere ora, in periodo di pace, i necessari piani di attuazione, rifugi che sarebbero evidentemente resi funzionali soltanto dopo la chiamata. Ciò significa che, nel caso effettivo, la cantina della verdura ben chiusa offre possibilità di sopravvivenza ben maggiori che non un meraviglioso progetto relegato nel fondo di un cassetto dell'autorità comunale – per un qualsivoglia motivo non realizzato – oppure la fuga di interi gruppi di gente verso i boschi o una montagna.

Le misure di risparmio della Confederazione non si sono arrestate neppure davanti alla protezione civile. Questo fatto ha avuto per conseguenza che il cantone ha cancellato i sussidi per la costruzione di rifugi privati. Come motiva Lei questo provvedimento, sicuramente impopolare, se affrontato da un proprietario indispettitosi per il diviego?

Laddove si tratta di comando – sia nell'ambito militare, sia in quello politico – occorre fissare priorità. Una delle priorità valide per la nostra direzione è la creazione di posti protetti per l'intera popolazione. Se un Governo desidera condurre, lo può fare soltanto se dispone di denaro – le sole esortazioni non bastano. Il cantone di Berna ha investito annualmente, in forma di sovvenzioni per la costruzione di rifugi privati, la somma di ca. 1,5 milioni di franchi. D'altro canto abbiamo anche un grosso deficit di rifugi pubblici nei comuni di piccole proporzioni, da poco sottoposti all'obbligo di protezione civile e che soltanto difficilmente riusciranno ad attuare queste costruzioni con mezzi propri, nonostante l'erogazione di sussidi. Se vogliamo trattare la protezione civile con la dovuta serietà, ma d'altra parte non siamo in grado di mettere un numero maggiore di mezzi finanziari a disposizione, allora dobbiamo mutare la concezione. Con l'abrogazione delle sovvenzioni non è che si costruiscano meno case con rifugi privati. Certo è doloroso per le persone toccate da queste misure di risparmio, tuttavia il milione e mezzo di franchi che il cantone risparmia non sovvenzionando più i rifugi privati, viene ora messo



a disposizione dei comuni, nel senso di un provvedimento di condotta e di controllo, a favore dell'attuazione forzata di rifugi pubblici. Valgono a tal proposito le condizioni seguenti: il comune deve avere meno del 50% dei posti protetti necessari per tutta la sua popolazione e deve contare tra i cosiddetti comuni finanziariamente deboli. Vengono così create le premesse secondo le quali i comuni ottengono sussidi per la costruzione di rifugi pubblici nella misura fino al 90%. In questo caso dovremmo proprio dirci che se tali comuni non fanno uso di un'offerta tanto generosa, veramente si lasciano sfuggire un'occasione unica. Certo che questa misura ha anche svantaggi. Tuttavia ci sembra di poter rilevare come il Governo del cantone di Berna non scherza proprio, forzando l'attuazione di rifugi pubblici specialmente nei comuni piccoli e spesso lontani dalle grandi arterie.

Come avviene anche in altri cantoni di vaste proporzioni e con molto hinterland, importante è il divario tra comune e comune per quanto attiene la protezione civile. È nella natura delle cose che le città e i comuni con ampio sviluppo edilizio, nonostante dispongano ormai di una grande riserva di posti protetti e indipendentemente dall'appello a rinunciare a favore dei comuni di minori proporzioni, preferirebbero restare in prima linea. Desidera richiamare all'ordine questi comuni ricalcitranti, oppure li lascerà fare?

Siamo coscienti del divario attuale. Cerchiamo di comporre lentamente le differenze esistenti, d'intesa con i capi

locali. Prevediamo però anche un'altra misura: scopi, concezioni e altro ancora, tutte belle parole che, se ben confezionate, possono anche venderci molto bene. Tutto questo serve molto poco senza un controllo periodico dei risultati. Senza controlli corriamo il rischio di produrre soltanto carta straccia. Bene anche i miei rapporti con i capi locali: se però non produco qualcosa il cui risultato io possa controllare onde rilevare se il nuovo corso sia stato compreso e venga ora anche attuato, le nostre misure resterebbero soltanto lettera morta.

Abbiamo previsto per il prossimo autunno di invitare gli organi di direzione locale, accompagnati dai loro stati maggiori per rapporti di riesame della durata di due giorni. Questo controllo avviene sotto forma di esercizio di chiamata nel quale saranno esercitati i casi di chiamata 222 fino a 999. In occasione di questo esercizio potremo accertare in quale misura siano progrediti oggi i lavori di pianificazione dei singoli comuni, e in quale misura i capi locali abbiano riportato alle loro direzioni – e con le stesse esercitazioni – le nostre intenzioni e i mandati impartiti in occasione dei rap-

„Poiché dobbiamo sempre tenere presente il nostro mandato a livello di cantone che impone di creare oggi le premesse affinché questi comuni abbiano ad operare il più possibile indipendentemente, eppure abbiano tutti ad operare giustamente.“

porti con i capi locali. Questi rapporti di riesame ci daranno in pari tempo un'immagine precisa dello stato effettivo del nostro cantone in materia di protezione civile. Sarà in certo qual senso l'ora della verità. E anche ci forniranno un'indicazione per sapere in quale direzione dobbiamo continuare la nostra attività.

Anche noi ci felicitiamo con i comuni «progressisti» che fanno ben più della media. Comuni del genere hanno grande forza d'attrazione sui comuni vicini e sulla regione intera. Loro ci fanno per così dire vivere e noi vorremmo stimolarli e sostenerli nei loro sforzi ulteriori. Le nostre prescrizioni – quadro per l'istruzione non devono reprimere queste organizzazioni nella loro opera. Esse possono ad ogni momento venire da noi e dirci: «Giusto e bello quello che prescrivete, noi siamo però già andati di parecchio più oltre.» E se riescono a provarci quanto affermano, sulla base della loro attivi-

tà, allora diamo loro via libera. Poiché dobbiamo sempre tenere presente il nostro mandato a livello di cantone che impone di creare oggi le premesse affinché questi comuni abbiano ad operare il più possibile indipendentemente, eppure abbiano tutti ad operare giustamente.

La procedura di consultazione sul rapporto «Donna e difesa integrata» è conclusa. È da ritenere che una grande parte delle risposte si è espressa contro il servizio militare obbligatorio per le donne. Che cosa significa questo per il cantone di Berna? Riuscirete a colmare il fabbisogno sulla via del volontariato, oppure non esistono neppure più lacune d'ordine personale?

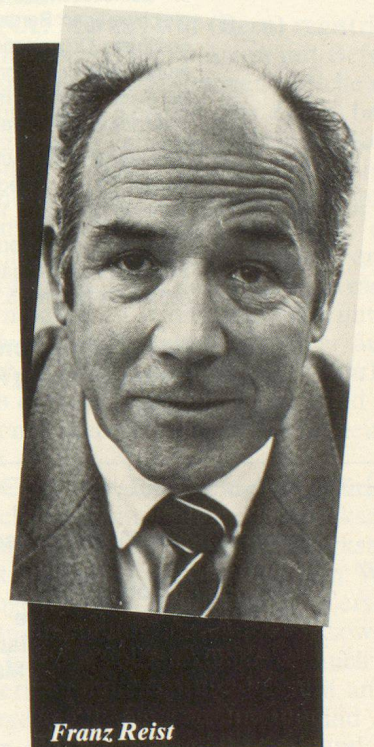
Dopo essere impegnato nella difesa integrata da ormai oltre trent'anni – nell'esercito o nella protezione civile – devo ammettere, e con me devono ammettere sicuramente tutti quelli che hanno vissuto analogamente questo periodo, che la maggior parte delle nostre donne, nel momento attuale, nella situazione attuale e con l'attuale minaccia, non è ancora pronta ad impegnarsi per la difesa integrata in misura maggiore di quanto non abbiano sinora fatto le donne. È una percezione che dobbiamo tenere presente se vogliamo restare realisti. Sono del fermo parere che – ed è quanto i nostri genitori hanno vissuto negli anni tra il 1939 e il 1945 – nel caso di un grosso pericolo o di una grave minaccia, la donna più lontana sarebbe pronta a prestarsi non per il 100, bensì per il 150%, là dove le venisse attribuito un compito civile, o nella difesa integrata. Nostro compito è quindi quello di creare le condizioni che permetteranno di ricorrere all'aiuto delle donne anche all'ultimo momento e nei settori

nei quali il loro intervento è il più utile. E per non avere problemi di effettivi divergenti presso le nostre organizzazioni dei comuni, vale il principio che i comuni devono, se del caso, ridimensionare le loro direzioni e gli effettivi necessari, affinché si accordino con la cosiddetta formula dell'8% per poter coprire i loro fabbisogni. La formula dell'8% comprende tutte le persone che, per legge, sono incorporabili nella protezione civile, vale a dire tutti i cittadini svizzeri tra i 20 e i 60 anni che non prestano servizio militare. Questo significa che ci impegnamo a costituire le organizzazioni in modo tale che abbiano a coprire gli effettivi regolamentari unicamente con le persone che stanno a disposizione. Se un'organizzazione accusa un bisogno accresciuto, occorre ridurla in maniera corrispondente. Sono contrario a coloro che vogliono far nascere una cattiva coscienza in ogni

» Sono del fermo parere che nel caso di un grosso pericolo o di una grave minaccia la donna più lontana sarebbe pronta a prestarsi non per il 100, bensì per il 150%, là dove venisse attribuito loro un compito civile, o nella difesa integrata. «

donna che non si impegni già oggi nella difesa integrata. Ritengo invece necessario orientare la nostra donna in maniera più approfondita che non sinora in merito ai compiti che le potrebbero competere, ai settori nei quali potrebbe rendersi utile, qualora il caso d'emergenza dovesse avvicinarsi; si potrebbe anche dire, qualora gli avvenimenti di Beirut non si svolgessero in Libano, bensì a Vienna. Non vorrei tuttavia, con queste mie consi-

derazioni, sminuire il valore di ogni donna che già oggi si fa incorporare e desidero dire che sono anzi riconoscente per ogni donna che così agisce, poiché le donne operano oggi, soprattutto anche in posizione di quadro, in modo egregio a favore della protezione civile. Non possiamo tuttavia mutare qualcosa che oggi non è mutabile. Vedo l'impiego della donna soprattutto nell'organismo rifugi, nel servizio sanitario e in altri servizi, ad esempio come responsabile di rifugio per appoggiare il capo rifugio nei locali nei quali egli non può sostare, dovendo prestare la propria opera altrove.



Franz Reist

Zur Verhinderung von teuren Feuchteschäden:

Luftentfeuchter

das bewährte Geräteprogramm für den universellen Einsatz in Kellern, Lagern, Wohnräumen, Zivilschutzanlagen usw. Vollautomatischer Betrieb, sparsamer Stromverbrauch.

Verlangen Sie detaillierte Unterlagen bei:

Krüger + Co.
9113 Degersheim, Telefon 071/541544
Niederlassungen: Oberhasli ZH,
Hofstetten SO, Münsingen BE,
Gordola TI, Lausanne

KRÜGER